

Nominiert für den



des Jahres 2013

ANDRITZ Hydro GmbH für systematische Beteiligung an ökologisch und mensenrechtlich problematischen Staudammprojekten

Der Maschinenbaukonzern ANDRITZ mit Hauptsitz in Graz beschäftigt 23.800 MitarbeiterInnen in 220 Produktionsstätten, Tochtergesellschaften und Vertriebsniederlassungen und erwirtschaftet damit einen Jahresumsatz von rund 5,18 Milliarden Euro weltweit. Dr. Wolfgang Leitner ist Vorstandsvorsitzender und über die Certus Beteiligungs-GmbH mit rund 30% der Aktien Kernaktionär und Profiteur der Aktivitäten der ANDRITZ-Gruppe. Das Wirtschaftsblatt hat ihn damit 2012 sogar zum „Dividendenkönig“ gekürt.

Der Geschäftsbereich der ANDRITZ Hydro GmbH produziert hydraulische Maschinen, also Wasserturbinen, Pumpen und Sekundärtechniken für Kraftwerke. Diese werden für Großprojekte eingesetzt, die sozial und ökologisch höchst umstritten sind.

Beispiel LAOS: Xayaburi Staudamm

Der Mekong ist mit etwa 4.500 Kilometern Länge der zehntgrößte Fluss der Welt und bietet die Ernährungsgrundlage für 60 Millionen Menschen. 2,6 Millionen Tonnen Fische und andere für die Ernährungssicherheit wichtige Arten werden in dieser weltweit größten Binnenfischerei jährlich gefangen. Aus dem Mekong stammen 19-25% der weltweiten Süßwasserfischfänge. Im Mekong Delta werden durch den fließenden Fluss Sedimente und Nährstoffe abgelagert und dort wird 50% der Grundnahrungsmittel Vietnams angebaut. Im Deltagebiet leben 17 Millionen Menschen. Im November 2012 ist der Spatenstich zum etwa drei Milliarden Euro teuren Xayaburi-Megastaudamm in Laos erfolgt. Der öster-

reichische Maschinenbaukonzern Andritz AG ist in den Kraftwerksbau involviert und will acht Kaplan-Turbinen im Wert von bis zu 300 Millionen Euro liefern. In Finnland hat die Regierung große Bedenken gegen die ebenfalls in das Xayaburi-Staudammprojekt involvierte finnische Pöyry-Unternehmensgruppe. Im Juni 2012 brachten 15 Organisationen der Zivilgesellschaft aus sieben Ländern eine Beschwerde gegen das Unternehmen ein. Daraufhin hat die finnische Regierung eine Untersuchung des Geschäftsgebarens des Konzerns Pöyry angeordnet.

Die Auswirkungen des Xayaburi Staudamms sind verheerend: Der Xayaburi-Staudamm soll 820 Meter breit und 30 Meter hoch werden. Am unteren Mekong sind elf Wasserkraftanlagen im Hauptstrom geplant. 77 weitere Kraftwerke sind für die Nebenflüsse vorgesehen. Sollten diese realisiert werden, wird mit einem enormen Rückgang der Fischbestände und zerstörerischen Auswirkungen für das Mekong-Delta gerechnet, das die Reiskammer Südostasiens darstellt. Die Erträge aus dem Fischfang drohen um bis zu 40 Prozent zurückzugehen. In Kambodscha deckt die Bevölkerung 82 Prozent ihres Proteinbedarfs aus Fischfang aus dem Mekong. Die Xayaburi Wasserkraftanlage stellt daher die größte, grenzüberschreitende Bedrohung für die Ernährungssicherheit sowie den Erhalt der biologischen Vielfalt in den Ländern Kambodscha, Laos, Thailand und Vietnam dar. Die Grundversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln aus Fischerei und Landwirtschaft ist durch das Projekt stark gefährdet. Ohne die Sedimente, die der fließende Mekong im Delta abgelagert, schwinden enorme landwirtschaftliche Anbau-

flächen. Die Erhaltung der natürlichen Schätze des Mekong ist die Grundlage für das Leben von 60 Millionen Menschen im Einzugsbereich des Flusses. Für Fischarten wie den Mekong Riesenwels der bis zu drei Meter lang und 300 Kilogramm schwer werden kann würde der Xayaburi Staudamm eine unüberwindliche Barriere darstellen die diese Art auf ihren Laichwanderungen stromaufwärts nicht passieren könnte. Derzeit treibt Laos das Projekt offenbar unilateral mit stillschweigender Unterstützung Thailands voran obwohl die in der Mekong-Flusskommission vertretenden Länder im Dezember 2011 im Zuge des gegenseitigen Konsultationsmechanismus für Staudambauten am Hauptstrom des gemeinsamen Flusslaufes erklärt haben, dass die derzeit vorliegenden Erkenntnisse über die Folgen des geplanten Staudammes nicht ausreichend untersucht seien. Insbesondere die flussabwärts gelegenen Länder Vietnam und Kambodscha stehen der Stauanlage sehr kritisch gegenüber, da diese von den Folgen besonders schwerwiegend betroffen sein werden.

Auf Anfrage des Netzwerks hat die ANDRITZ AG zu dem Staudammprojekt Xayaburi keine Stellungnahme abgegeben.

Beispiel TÜRKEI: Ilisu-Staudamm

„Ilisu“ am Tigris im Südosten der Türkei ist eines der umstrittensten Staudammprojekte der Welt. Die Andritz AG führte jahrelang das Baukonsortium dieses Projekts an und war federführend an der Organisation der Finanzierung beteiligt. Die Andritz AG hat immer wieder erklärt, sich an diesem Projekt nur zu beteiligen, wenn die internationalen Standards eingehalten werden. Nichts als ein reiner Bluff: Als im Juli 2009 Deutschland, Österreich und die Schweiz sowie alle europäischen Banken wegen der katastrophalen ökologischen, kulturellen und soziologischen Folgen ihren Rückzug aus dem Staudammprojekt in der Türkei erklärten, stieg Andritz nicht etwa aus, sondern kritisierte die Entscheidung der Regierungen heftig und verblieb im Projekt. Und das bis heute. Denn als die europäischen Partner im Baukonsortium dem Ausstieg der Regierungen folgten, übernahm Andritz sogar noch deren Aufträge.

Die Auswirkungen des Ilisu-Staudamms sind gravierend: 400 km ursprüngliche Flusslandschaft und Lebensraum zahlreicher bedrohte Arten würden zerstört. Über 60.000 Menschen müssten umgesiedelt werden. Diese erhalten keine angemessene Entschädigung, werden zum Teil zwangsenteignet und müssen um ihre Existenzgrundlage fürchten. Die Menschen in der Region würden ihres Landes, ihrer Umwelt und ihrer kulturellen Identität beraubt.

Die antike und kulturell äußerst bedeutende Stadt Hasankeyf (seit 10.000 Jahren durchgehend bewohnt) würde gemeinsam mit hunderten anderen archäologischen Fundstätten geflutet werden. Hasankeyf und das Tigrisstal erfüllen acht von zehn Kriterien, die für den UNESCO-Welterbestatus notwendig wären – mehr als jede andere Stätte die diesen Schutz bereits genießt. Die Anrainerstaaten Irak und Syrien würden durch „Ilisu“ noch weniger Wasser bekommen als jetzt schon. Die komplette Verbauung des Euphrat führt bereits jetzt im Irak zu massivem Wassermangel. „Ilisu“ würde dies noch verstärken.

Auf Anfrage des Netzwerks hat die ANDRITZ AG zu dem Staudammprojekt Ilisu keine Stellungnahme abgegeben.

Beispiel BRASILIEN: Belo Monte-Staudamm - Lebensader des Amazonas in Gefahr

An einem der Hauptzuflüsse des gewaltigen Amazonas-Flusssystemes errichtet die brasilianische Regierung derzeit den drittgrößten Staudamm der Welt. Ähnlich wie im Ilisu-Projekt ist die Andritz AG mit in einem Konsortium mit zwei weiteren europäischen Unternehmen am Belo Monte Projekt beteiligt und liefert technisches Ausrüstung, vor allem Turbinen und Generatoren.

Für den Bau des 11 GW-Kraftwerks wird am Rio Xingu mehr Erde bewegt als beim Bau des Panama-Kanals. Die weitgehend von der öffentlichen Hand getragenen Kosten steigen ständig und gelten weiterhin als unsicher. Wurden zu Beginn des Genehmigungsverfahrens von der Regierung noch rund 10 Mrd. Reals (ca. 3,1 Mrd. EUR) genannt, so geht man nunmehr von rund 31,2 Mrd. Reals (ca. 9,7 Mrd. EUR) aus. Die Kosten für die tausende Kilometer langen Übertragungsleitungen sind hier jedoch noch nicht eingerechnet. „Belo Monte“ wird keinesfalls die propagierte billige Energie für arme Haushalte liefern. Brasilianische Privathaushalte zahlen schon jetzt wesentlich höhere Tarife als energieintensive Industrie oder Privathaushalte in Frankreich oder den USA. Die Strompreise für die Bevölkerung steigen zudem weiter, die Bewohner/innen des Bundesstaats Pará - in dem Belo Monte derzeit gebaut wird – mussten eine Erhöhung um 11,5% hinnehmen, wohingegen der Industrietarif um nur 4,4% steigt.

Die Argumentation „Wasserenergie ist saubere Energie“, stimmt bei Staudämmen in den Tropen nicht: durch Fäulnisprozesse in den überfluteten Regionen würden Unmengen an klimaschädigendem Methangas freigesetzt. Die durch eine Realisierung von Belo Monte zu erwartenden ökologischen und sozialen Auswirkungen werden derzeit bereits Realität. Bereits im Jahr 2009 wurde von einer wissenschaftlichen ExpertInnenkommission ein umfassender Bericht zum Umweltgutachten der Umweltbehörde IBAMA, der auf viele unberücksichtigte Probleme hinwies. Im Jahr 2010 sprach ein Bericht der brasilianischen Menschenrechtsplattform Dhesca von „massiven Menschenrechtsverletzungen“ im Zuge des Genehmi-

gungsverfahrens für Belo Monte. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR) der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) verlangte 2011 aufgrund der Missachtung von Rechten der indigenen Bevölkerung im Rahmen im Genehmigungsverfahren einen Baustopp. Im April 2012 wandte sich die IACHR erneut mit Anfragen zu Belo Monte an die brasilianische Regierung. Im März 2012 gab die Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) öffentlich bekannt, dass der brasilianische Staat durch das Nichtdurchführen von öffentlichen Anhörungen der vom Staudamm Belo Monte betroffenen indigenen Völker gegen die ILO-Konvention 169 verstoßen habe. In Brasilien sind eine ganze Reihe von Gerichtsverfahren gegen die Genehmigung von Belo Monte bzw. die Nichterfüllung von Vorbedingungen, unter denen diese vergeben wurde, anhängig.

Die Auswirkungen des Belo Monte-Staudamms sind gravierend: Die ca. 100 km lange „Volta Grande“ (Große Schleife) des Xingu, von der rund 80% des Wassers durch Belo Monte abgeleitet wird, ist ökologisch äußerst wertvoll. Da der Fluss künftig in diesem Abschnitt viel weniger Wasser führen wird und vor allem seine saisonalen Pegelschwankungen einbüßt, wird davon abhängige spezifische Artenvielfalt weitgehend und unwiederbringlich verloren gehen.

Entlang des 2.271 Kilometer langen Rio Xingu leben ca. 25.000 Indigene, die 40 verschiedenen ethnischen Gruppen angehören. Von Belo Monte sind bereits jetzt ca. 1000 Angehörige indigener Völker direkt betroffen. Ihr kulturelles und physisches Überleben ist durch Belo Monte massiv gefährdet. Insgesamt müssen zur Realisierung des Projekts ca. 20.000 bis 40.000 Menschen umgesiedelt werden. Die Missachtung ihrer Rechte ist Gegenstand mehrerer gegen Belo Monte anhängiger Gerichtsverfahren und der Verstoß gegen die ILO-Konvention 169 zum Schutz der Rechte der Indigenen wurde im Jahr 2011 von der ExpertInnen-Kommission der ILO in Brasilien bestätigt. Die Verfahren dauern jedoch so lange, sodass durch den fortschreitenden Bau immer mehr Tatsachen geschaffen werden, die durch ein späteres

Gerichtsurteil nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Hinsichtlich der Wirkungen des Staudammprojekts Belo Monte erklärt die ANDRITZ AG auf Anfrage des Netzwerks: „ANDRITZ liefert nur für Projekte, für die der Projektbetreiber nach unserem besten Wissen alle erforderlichen Genehmigungen besitzt und die heute üblichen Sozialstandards eingehalten werden.“

ANDRITZ grüne Weste

ANDRITZ HYDRO ist Mitglied in der Unternehmensplattform respACT und verpflichtet sich im CSR-Leitbild „Erfolg mit Verantwortung“ dazu, die Natur und die Lebensgrundlage der Menschen zu erhalten und erklärt: „Verantwortungsvolles Wirtschaften geht über die Einhaltung von Umweltgesetzen hinaus ...“. Die ANDRITZ AG rechtfertigt ihre Beteiligung an den Projekten damit, dass sie sich lediglich als Zulieferer beteiligen, die von den nationalen Behörden genehmigt seien. Hier wird gerne darauf verwiesen, dass Brasilien ein Rechtsstaat und eine Demokratie ist, und darum gäbe es keinerlei Veranlassung, diese Verfahren anzuzweifeln. Die Projektvolumina sind gigantisch, allein Belo Monte wird auf 320 Millionen und Ilisu auf 340 Millionen Euro beziffert.

Auch der Gesetzgeber hält sich bisher reichlich zurück und verweist auf die Vertragsfreiheit der Unternehmen. Hier darf aber nicht vergessen werden, dass österreichische Unternehmen oft das Gesicht Österreichs in der Welt präsentieren. Das Wirken österreichischer Unternehmen muss daher staatlich reglementiert werden, um aus global players

global accountable players zu machen, findet das Netzwerk. Die Fälle Ilisu und Belo Monte fanden Erwähnung im jüngsten Schattenbericht zu den extraterritorialen Verpflichtungen Österreichs zur Umsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (Kapitel 4: Austria's Export and Investment Promotion and Corporate Social Responsibility Policies unter Mitwirkung des Netzwerks). Auch die Menschenrechtskommission hat in ihren Empfehlungen an die Bundesregierung den Handlungsbedarf bei extraterritorialen Staatenpflichten zur menschenrechtlichen Verantwortung der Politik für österreichische, im Ausland operierende Unternehmen festgestellt und spricht die Empfehlung aus, hier regulierend einzugreifen.

NeSoVe ist der Meinung, dass es gesellschaftlich unverantwortlich ist, sich an Projekten zu beteiligen, die zigtausende Menschen vertreiben und deren ökosozialen Folgen unüberschaubar sind. NeSoVe fordert die ANDRITZ AG auf, den Liefervertrag bei den Projekten Ilisu, Xayaburi und Belo Monte aufzukündigen und sich der Verantwortung zu stellen, die sie als Großunternehmen für ihre Auswirkungen in der Welt haben. NeSoVe ist der Meinung, dass sich die Unternehmensplattform respACT dafür einsetzen muss, dass ANDRITZ HYDRO aus den Projekten aussteigt. NeSoVe fordert den nationalen Gesetzgeber wie auch die Europäische Union dazu auf, Regeln festzusetzen, die Unternehmensverantwortung im Ausland sicherstellen und die Empfehlungen der Menschenrechtskommission hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte umzusetzen.